



Pressemitteilung vom 24. September 2018

Resolution: Landeshauptstadt Hannover soll sich gegen das „NPOG“ stellen

Über 15.000 Menschen haben bei der „NoNPOG“-Demo am 08.09.2018 gegen das sich im Landtag in der Beratung befindende niedersächsische Polizei- und Ordnungsgesetz und die damit verbundene Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten protestiert. Die FRAKTION fordert nun, dass sich auch die Landeshauptstadt Hannover und Oberbürgermeister Stefan Schostok gegen das Gesetz stark machen sollen.

Hannover – Falls das von der Großen Koalition in Niedersachsen entworfene sogenannte „Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz“ vom Landtag verabschiedet wird, hätte dies weitreichende Folgen – auch für die Bürger Hannovers. In der Praxis würde es unter anderem verstärkte Überwachung, weniger öffentliche Kontrolle beim Einsatz verdeckter Ermittler und die Anwendung von Tasern als erste Polizeiwaffe noch vor dem Schlagstock bedeuten. Nicht nur Terroristen, sondern auch politische Aktivisten und unschuldige Bürger drohen dadurch ohne das Begehen einer Straftat ins Visier der Polizeibehörden zu geraten. Die Änderungen kommen einer massiven Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten gleich.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, fordert die Fraktion Die FRAKTION, dass der Rat der Stadt Hannover sich gegen das Polizei- und Ordnungsgesetz ausspricht und der Oberbürgermeister gegenüber der Landesregierung alle verfügbaren Mittel gegen die Änderung des Gesetzes einsetzt.

„Eine funktionierende Landeshauptstadt Hannover mit einem funktionierenden Oberbürgermeister ist darauf angewiesen, dass sie auch funktionierende Bürger- und Freiheitsrechte hat. Das ‚NPOG‘ wird genau das untergraben, weshalb gerade aus der Landeshauptstadt ein starkes Zeichen dagegengesetzt werden sollte. In Göttingen sieht man das ähnlich, sogar die SPD. Sie hat dort zusammen mit PARTEI/Piraten, Grünen, Linken und einem Einzelvertreter für eine Resolution gegen das NPOG gestimmt. Immer wieder faszinierend, wie weit die Demokratie in Nachbarstädten schon fortgeschritten ist!“, so der Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die FRAKTION Julian Klippert zu den Hintergründen für die Resolution.

Die Resolution der Fraktion Die FRAKTION gegen das NPOG wird am 27. September in die Ratsversammlung eingebracht.